

Weiter scheitern (II) 05.11.2015



BERLIN/KABUL (Eigener Bericht) - Der ranghöchste deutsche NATO-Kommandeur fordert eine erneute Ausweitung der westlichen Kriegsoperationen in Afghanistan. Angesichts der militärischen Offensiven der Taliban müsse man die gegenwärtige Beschränkung der eigenen Aktivitäten "noch einmal überdenken", erklärt der Oberbefehlshaber des Allied Joint Forces Command der

NATO, General Hans-Lothar Domröse: Es gelte die aktuellen Ausbildungsmaßnahmen in eine "robuste Beratung" zu transformieren und diese um erneute Luftschläge zu ergänzen. Mit der Forderung nach einer Wiederaufnahme der eigenen Kampftätigkeit reagiert der deutsche General auf das offenkundige Scheitern des Westens: In 14 Jahren Besetzung ist es ihm ebensowenig gelungen, die Regierungstruppen hinlänglich zu stärken, wie die Mehrheit der Bevölkerung für sich zu gewinnen und damit den Taliban das Wasser abzugraben. Weil aufgrund der katastrophalen Entwicklung immer mehr Menschen aus Afghanistan fliehen, kündigt Berlin zudem eine drastische Ausweitung der Abschiebungen an den Hindukusch an - zu einem Zeitpunkt, zu dem Pakistan 2,5 Millionen Flüchtlinge nach Afghanistan deportieren will und auch Iran Hunderttausende in das Nachbarland zurückschickt. Einwände der afghanischen Regierung gegen die Abschiebepläne weist Berlin "mit Irritation" zurück.

"Robuste Beratung"

Der ranghöchste deutsche NATO-Kommandeur, General Hans-Lothar Domröse, fordert eine erneute Ausweitung der westlichen Militärintervention in Afghanistan. Die derzeitigen Aktivitäten der NATO am Hindukusch reichten nicht mehr aus, erklärte Domröse, Oberbefehlshaber des Allied Joint Forces Command im niederländischen Brunssum, am Dienstag mit Blick auf die - wenn auch nur kurzzeitige - Eroberung von Kunduz durch die Taliban Ende September.[1] "Die Afghanen hängen in allem hinterher"; man müsse daher die aktuelle Beschränkung der NATO auf Ausbildung und Beratung der afghanischen Streitkräfte "noch einmal überdenken".[2] "Wir brauchen eine robuste Beratung", verlangte der General am Rande des NATO-Manövers "Trident Juncture" [3] im spanischen Zaragoza; dies müsse auch erneute eigene Kriegsoperationen der westlichen Truppen beinhalten: "Wenn wir sehen, dass es einen Taliban-Angriff gibt, müssen wir den auch niederschlagen können". Eigene Luftangriffe und "operative Beratung" müssten zudem mit einer Ausweitung der eigenen Spionage im Kriegsgebiet ("Aufklärung") einhergehen.

Zweifach gescheitert

Mit der Forderung nach einer erneuten Ausweitung der militärischen Besetzungsaktivitäten reagiert Domröse auf ein doppeltes Dilemma der deutschen Politik. Zum einen hat die Eroberung von Kunduz durch die Taliban nicht nur - rein technisch - gezeigt, dass es dem Westen in 14 Jahren Besetzung entgegen sämtlichen anderslautenden Versprechungen nicht gelungen ist, die afghanischen Streitkräfte in eine verteidigungsfähige Truppe zu transformieren. Dies aber reduziert jegliches Vertrauen in den Westen nicht nur am Hindukusch weiter; es wird auch in anderen Kriegs- und Krisengebieten, in denen die Bundeswehr künftig zu operieren gedenkt - am Horn von Afrika, in Mali, womöglich auch in Syrien - deutlich wahrgenommen und schädigt das machtpolitische Image Berlins.[4] Gleichzeitig lässt die Tatsache, dass die große Mehrheit der Bevölkerung in Kunduz den Taliban keinen Widerstand entgegengesetzt hat, erkennen, dass die vom Westen an die Macht gebrachten Kreise es nicht geschafft haben, die Sympathien der Menschen zu gewinnen. Die Besetzung, für die in Kunduz explizit Deutschland verantwortlich war, ist also in zweifacher Hinsicht gescheitert. Soll sich dies nicht im globalen Bewusstsein dauerhaft festsetzen wie einst die Niederlage der Vereinigten Staaten in Vietnam, dann muss - mit welchen Mitteln auch immer - eine Wende erzwungen werden.

Deutsche Erwartungen

Hinzu kommt zum anderen, dass zahlreiche Afghanen, die mit den westlichen

Besatzungsmächten, darunter Deutschland, kooperiert haben, sich nach den jüngsten Erfolgen der Taliban mehr denn je um ihre Zukunft, wenn nicht gar um ihr Leben sorgen - und in Scharen das Land verlassen. Dies beraubt die westlichen Mächte nicht nur ihrer Kooperationspartner in Entwicklungsorganisationen, Wirtschaft und Verwaltung; es vergrößert auch die Anzahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland ausreisen wollen. Deutsche Behörden erklären, monatlich verließen inzwischen rund 100.000 Menschen das Land. Berlin reagiert mit Abwehrmaßnahmen. Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat bereits Ende Oktober erklärt, Afghanistan stehe "inzwischen auf Platz zwei der Liste der Herkunftsländer": "Das ist inakzeptabel." Zwar sei "die Sicherheit in Afghanistan ... nicht so hoch wie anderswo", weshalb man das Land nicht als "sicheren Herkunftsstaat" einstufen werde. Allerdings habe Deutschland hohe Summen an Entwicklungshilfe gezahlt: "Da kann man erwarten, dass die Afghanen in ihrem Land bleiben." [5] De Maizière hat eine deutliche Ausweitung der Abschiebungen nach Afghanistan angekündigt. Bitten des Kabuler Flüchtlingsministers, wegen der katastrophalen Lage des Landes davon abzusehen, haben nichts bewirkt; nach einem Telefonat mit Außenminister Frank-Walter Steinmeier, der, wie berichtet wird, seine "Irritation" über die Äußerungen des Flüchtlingsministers zum Ausdruck gebracht habe, hat der afghanische Präsident Ashraf Ghani bekräftigt, Kabul werde Abschiebungen aus Deutschland nicht im Wege stehen.

Aus allen Himmelsrichtungen

Zugleich ergreift Berlin Maßnahmen, um afghanische Flüchtlinge so weit wie möglich am Hindukusch zu halten. Dort zeichnen sich neue Probleme ab, seit Pakistan angekündigt hat, die gut 1,5 Millionen registrierten und mutmaßlich eine Million nicht registrierten Flüchtlinge aus dem Nachbarstaat in den nächsten zwei Jahren abschieben zu wollen. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) hat bereits 17,5 Millionen Euro gezahlt, um den Prozess in halbwegs geordnete Bahnen zu lenken, und die Registrierung und Versorgung geflohener Afghanen in Pakistan ebenso unterstützt wie ihre Rückkehr in ihr Herkunftsland. Zum selben Zweck werde man nun Teile der insgesamt 94 Millionen Euro an Entwicklungsgeldern verwenden, die Berlin Islamabad soeben für die nächsten zwei Jahre zugesagt hat, teilt das BMZ mit. [6] Wie die Regierung in Kabul dem Druck standhalten soll, den die Massenabschiebung von Flüchtlingen erzeugt, an der sich nun auch Berlin beteiligen will, ist dennoch vollkommen unklar, zumal die Deportationen aus fast allen Himmelsrichtungen erfolgen: Auch Iran schickt Afghanen an den Hindukusch zurück. Teheran hat allein im vergangenen Jahr rund eine Viertelmillion Menschen in sein östliches Nachbarland abgeschoben.

Der Preis der Interventionen

Militärs weisen darauf hin, dass das westliche Kriegsbandnis bei einem Treffen seiner Außenminister Anfang Dezember über seine künftige Afghanistan-Strategie beraten wird. Während der deutsche General Domröse Druck macht, schließt NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg erneute westliche Kampfeinsätze zur Zeit noch aus: Sie könnten nach Lage der Dinge das Scheitern des Westens allenfalls für eine begrenzte Dauer überdecken. Wie auch immer das Kriegsbandnis entscheiden wird: Den Preis der westlichen Interventionen, deren erste bereits im Sommer 1979 begann (german-foreign-policy.com berichtete [7]), zahlt Afghanistans Bevölkerung, der Berlin nun nicht einmal mehr die Flucht erlaubt.

[1] S. dazu [Weiter scheitern](#) .

[2] Matthias Gebauer: Deutscher Nato-Kommandeur fordert Luftschläge gegen Taliban. www.spiegel.de 03.11.2015.

[3] S. dazu [Botschaft an die Weltöffentlichkeit](#) .

[4] S. dazu [Spitzendiplomat fordert Bundeswehr-Einsatz in Syrien](#) und [Ins nächste Kriegsgebiet](#) .

[5] "Kann erwarten, dass die Afghanen in ihrem Land bleiben". www.welt.de 28.10.2015.

[6] Unterstützung für Pakistan bei Aufnahme afghanischer Flüchtlinge. www.bmz.de 03.11.2015.

[7] S. dazu [Auf die Flucht getrieben \(II\)](#) .

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com